

V6NEU Für eine Neuorientierung in der Sucht- und Drogenpolitik in Sachsen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 14 Verschiedenes

1 Zum Menschsein gehört die Suche nach Rausch und Betäubung. Um diesen Zustand zu
2 erreichen, werden häufig Substanzen genutzt – mit unterschiedlichen Wirkungen
3 und Risiken. Der Versuch der Regulierung des Drogenkonsums, indem zwischen
4 legalen und illegalen Drogen unterscheiden wird, stößt an klare Grenzen.
5 Legalisierte Drogen haben weder geringere Gesundheitsrisiken noch ein geringeres
6 Suchtpotential.

7 Die Entwicklungen in Bezug auf Einstiegsalter, Verbreitung, Verfügbarkeit und
8 Erkrankungen in Sachsen werden in den jährlichen Suchtberichten der Landesstelle
9 gegen die Suchtgefahren e.V. dargestellt.

10 Im bundesweiten Vergleich führt in Sachsen der Alkoholmissbrauch am häufigsten
11 zu Suchterkrankungen. Drei Viertel der Fälle suchtmedizinischer Versorgung in
12 sächsischen Krankenhäusern erfolgen wegen alkoholbezogener Störungen. Im
13 Freistaat sterben im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele Menschen an den
14 Folgen alkoholbedingter Krankheiten. Dazu kommen Problemlagen durch
15 Abhängigkeitserkrankungen in Verbindung mit dem Konsum illegaler Drogen.
16 Drogenbedingte Todesfälle nehmen auch in Sachsen zu.

17 Wir GRÜNEN sind überzeugt: Eine Drogenpolitik der Abschreckung und Bestrafung
18 verfehlt ihre Ziele. Sie führt nicht zur Reduktion des Konsums, sondern schafft
19 zusätzliche Probleme und Belastungen für Einzelne und mehr Kosten für die
20 Allgemeinheit, als dass sie vermeidet.

21 Die sächsischen Suchthilfeangebote sind durch verschiedene und immer komplexer
22 werdende Problemlagen häufig überlastet. Die Polizeidirektionen verfügen oftmals
23 nicht über die notwendige personelle und technische Ausstattung, um Herstellung
24 und Handel von synthetischen Drogen zurückzudrängen. Aus der Kriminalisierung
25 von Drogenkonsument*innen folgt zudem eine hohe Arbeitsbelastung von Polizei,
26 Justiz und Justizvollzug – bei oftmals fragwürdigem Erfolg.

27 Dieser Entwicklung setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine humane und aufgeklärte
28 Drogen- und Suchtpolitik entgegen, die auf suchtmedizinischen Erkenntnissen
29 basiert. Eine solche Politik stärkt die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener
30 beim Drogenkonsum und hilft Suchtkranken, ohne sie zu stigmatisieren. **Wir setzen
31 daher auf den Ausbau zielgruppenorientierter Prävention, konsequenten Kinder- und
32 Jugendschutz, Hilfe statt Strafe, Regulierung und Entkriminalisierung, eine
33 kompetente und ausreichend ausgestattet Polizei sowie auf Schadensminderung und
34 Überlebenshilfe.**

35 Wir wollen die Zahl der Alkohol- und Drogentoten senken und ein bedarfsgerechtes
36 Hilfesystem für Suchtkranke und suchtblastete Familien in allen Regionen
37 Sachsens erreichen. Dieses soll darauf ausgerichtet sein, ein unabhängiges, von
38 Sucht freies Leben zu fördern, soziale Notlagen suchtkranker Menschen zu
39 vermeiden und Angebote zur Unterstützung bereitzustellen. Wir wollen zudem die
40 Voraussetzungen für die bestmögliche Diagnostik, Versorgung und Behandlung für

41 die steigende Zahl von Neugeborenen schaffen, die durch Alkohol und/oder andere
42 Suchtmittel geschädigt wurden.

43 Wir wollen, dass Konsument*innen von Drogen nicht länger verfolgt werden. Drogen
44 müssen entsprechend ihrer Risiken reguliert werden. Der weiteren Ausbreitung
45 gesundheitlich besonders gefährlicher Drogen, wie zum Beispiel Crystal Meth
46 wollen wir durch stärkere und zielgruppenspezifische Präventionsarbeit sowie
47 Verringerung der Verfügbarkeit durch mehr personelle Ressourcen und bessere
48 länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Polizei entgegenwirken.

49 **1. Suchtprävention – zielgruppenorientiert, ganzheitlich und besser ausgestattet**

50 Suchtprävention ist dann erfolgreich, wenn sie eine eindeutige Zielsetzung hat,
51 wenn die jeweilige Zielgruppe klar beschrieben ist und die dafür notwendigen
52 Mittel bereitgestellt werden. Suchtprävention darf kein Flickenteppich sein. Sie
53 muss alle geeigneten verhältnis- und verhaltensbezogenen Maßnahmen
54 zusammenführen, die riskanten und abhängigen Gebrauch von Suchtmitteln sowie
55 süchtige Verhaltensweisen verhindern, reduzieren oder risikoärmere
56 Verhaltensmuster fördern. Notwendig dafür ist allerdings die Anerkennung des in
57 der Gesellschaft fortdauernden Konsums von Rausch- und Suchtmitteln. Dies erst
58 ist Voraussetzung für einen niedrighschwelligem Zugang zu Konsument*innen und zu
59 den Abhängigen unter ihnen.

60 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen*

- 61 • *zielgruppenorientierte Aufklärungskampagnen zu den Risiken legaler wie*
62 *illegaler Drogen für alle Altersgruppen, beginnend bei Kindern, um sie in*
63 *ihrer Persönlichkeit und Gesundheitskompetenz zu stärken;*
- 64 • *wirksame und glaubwürdige Präventionsstrategien für alle Substanzen – auch*
65 *bei legalen wie Alkohol, Tabak oder Medikamenten;*
- 66 • *Beteiligung der verschiedenen Zielgruppen bei der Entwicklung spezifischer*
67 *suchtpräventiver Maßnahmen (z.B. Schüler*innen, Jugendliche,*
68 *Auszubildende, Studierende, Arbeitnehmer*innen, Senior*innen);*
- 69 • *mit Blick auf das junge Einstiegsalter die schulische Drogenprävention und*
70 *-aufklärung bereits in den Klassenstufen 5 und 6 beginnen und*
71 *suchtpräventive Projekte in der Jugendhilfe und Schulsozialarbeit*
72 *ausbauen;*
- 73 • *die Fortbildungen für Beratungslehrer*innen unter Anrechnung der dafür*
74 *benötigten Stunden verbindlich regeln, ebenso wie die Bereitstellung der*
75 *dafür benötigten Lehr- und Lernmaterialien;*
- 76 • *Aus- und Weiterbildungen für Fachkräfte, die in von Suchtproblemen*
77 *betroffenen Familien wirken (z.B. Ärzt*innen, Hebammen,*
78 *Sozialarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen der Jugend- und Gesundheitsämter);*
- 79 • *Leistungen der Suchtprävention verlässlich und langfristig finanzieren,*
80 *damit sie ihre Wirkung entfalten können;*
- 81 • *ein umfassendes Werbeverbot für Suchtmittel, insbesondere ein Verbot von*
82 *Außenwerbung für Alkohol und Nikotin sowie eine Initiative zur Aufnahme*
83 *von Werbebeschränkungen für alkoholische Getränke im Rahmen des*
84 *Rundfunkstaatsvertrages.*

85 **2. Konsequenter Schutz von Neugeborenen, Kindern und Jugendlichen**

86 Kinder und Jugendliche müssen wirksam und unabhängig vom Legalitätsstatus vor
 87 Drogen geschützt werden. Dennoch konsumieren auch Minderjährige Drogen mit zum
 88 Teil problematischem Konsumverhalten. Aufgrund des illegalen Status im
 89 Betäubungsmittelgesetz (BtMG) ist Cannabis nur auf einem unregulierten
 90 Schwarzmarkt verfügbar. Auf diesen auch in Sachsen umfänglich vorhandenen
 91 Schwarzmarkt greifen auch Kinder und Jugendliche zu. Die rechtlichen
 92 Möglichkeiten des Jugendschutzes können auf diesem Markt kaum Wirkung entfalten.

93 Zudem werden jährlich in Sachsen 150 bis 500 Kinder mit Schäden aufgrund von
 94 Alkoholkonsum geboren. Besorgniserregend ist auch die deutliche Zunahme der
 95 Fälle der durch Drogenmissbrauch geschädigten Neugeborenen.

96 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen*

- 97 • *die konsequente Durchsetzung von Altersbeschränkungen bei allen legalen*
 98 *Drogen, umfassende Werbeverbote und wirksame Sanktionierung bei Abgabe an*
 99 *Minderjährige;*
- 100 • *die Kommunen bei der personellen Absicherung von Jugendschutzkontrollen*
 101 *unterstützen;*
- 102 • *eine gezielte Entkriminalisierung junger Menschen, die konsumieren, um*
 103 *schädliche sekundäre Konsumfolgen zu reduzieren;*
- 104 • *jugen Menschen mit problematischem Konsumverhalten möglichst früh*
 105 *effektive Hilfen und einen uneingeschränkten Zugang zu Beratung und*
 106 *Behandlung ermöglichen;*
- 107 • *die Erlangung der Kontrolle des Staates über den Cannabismarkt durch ein*
 108 *Bundesgesetz (Cannabiskontrollgesetz), um die Rahmenbedingungen für*
 109 *Produktion und Handel so zu gestalten, dass der Kinder- und Jugendschutz*
 110 *konsequent umgesetzt werden kann (Abgabeverbot, Werbeverbote, Abstand zu*
 111 *Jugend- und Bildungseinrichtungen etc.);*
- 112 • *Kinder besser vor den schwerwiegenden Folgen des Alkohol- und*
 113 *Drogenkonsums in Schwangerschaft und Stillzeit schützen;*
- 114 • *die Entwicklung eines wissenschaftlich abgesicherten Konzeptes zur*
 115 *Erkennung und Behandlung insbesondere von durch Crystal geschädigter*
 116 *Säuglinge und Kinder mit sozialpädiatrischer Versorgung und Nachsorge bis*
 117 *mindestens zum Ende der Grundschulzeit;*
- 118 • *den Aufbau nach-stationärer Behandlungs- und Hilfsangebote für die Kinder,*
 119 *die durch Kinderschutzgruppen an allen sächsischen Krankenhäusern*
 120 *vermittelt werden.*

121 **3. Bedarfsgerechte Suchtberatung und -behandlung in allen Regionen Sachsens**

122 Abhängigkeitskranke Menschen und Menschen mit riskantem Drogengebrauch brauchen
 123 Akzeptanz für ihre Erkrankung und Hilfe. Die Landkreise und kreisfreien Städte
 124 sind zum Teil stark mit den Folgen von legalem und illegalem Drogenkonsum
 125 belastet. Sie benötigen Unterstützung durch die sächsische Staatsregierung. Eine
 126 gute Gesundheitsversorgung von Abhängigen, aufeinander abgestimmte
 127 Beratungsangebote sowie bedarfsgerechte ambulante und stationäre Hilfsangebote

128 müssen in allen Regionen entsprechend der Bedarfe und in hoher Qualität
129 vorhanden sein.

130 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen*

- 131 • *die Förderung des Freistaates im Bereich der Suchthilfe so gestalten und*
132 *ausstatten, dass eine leistungsfähige, differenzierte Versorgungsstruktur*
133 *in der Suchtkrankenhilfe kontinuierlich sichergestellt werden kann sowie*
134 *Versorgungsdichte, Versorgungsqualität und Qualifikation des Personals als*
135 *Förderkriterien festgelegt werden;*
- 136 • *mehr Therapieangebote für Eltern, in denen auch Kinder jeden Alters mit*
137 *aufgenommen werden können, um den Familienerhalt zu stärken;*
- 138 • *mehr Projekte über Landesmittel finanzieren, die sich mit dem Thema „Sucht*
139 *im Alter“ auseinandersetzen und neue niedrigschwellige Hilfen anbieten;*
- 140 • *die zeitlichen Lücken zwischen stationärer Entgiftung und Langzeittherapie*
141 *mit geeigneten Projekten schließen, um Rückfälle zu vermeiden;*
- 142 • *stationäre Suchtherapiestationen in weiteren Justizvollzugsanstalten,*
143 *insbesondere im Frauenvollzug der Justizvollzugsanstalt Chemnitz*
144 *einrichten;*
- 145 • *die Stellenausstattung der externen Suchtberatung in den*
146 *Justizvollzugsanstalten bedarfsgerecht erhöhen;*
- 147 • *Gemeinsam mit der Landesärztekammer auf eine bedarfsgerechte und*
148 *flächendeckende Ausweitung der Substitutionsgestützten Behandlung von*
149 *schwerstabhängigen Drogenkonsumenten hinzuwirken und diese auf geeignete*
150 *Weise zu fördern. Über die klassische Substitutionstherapie bei Heroin*
151 *hinaus ist eine Substitution anderer Substanzen, insbesondere von Crystal*
152 *Meth im Sinne einer ärztlich begleiteten Abgabe in kontrollierter Qualität*
153 *an Schwerstabhängige zu erproben;*
154 *die Förderung der Crystal-Suchthilfeprojekte, die seit 2015 mit*
155 *Landesmitteln unterstützt werden, im Landeshaushalt verstetigen.*

156 **4. Regulierung und Entkriminalisierung von Cannabiskonsum auf Bundes- und** 157 **Landesebene vorantreiben**

158 Drogenkonsument*innen zu verfolgen, bindet Personal bei Polizei,
159 Staatsanwaltschaften, Gerichten und im Justizvollzug, welches nicht ausreichend
160 vorhanden ist. Erschwerend kommen die von Bundesland zu Bundesland
161 unterschiedlichen Obergrenzen für den straffreien Eigenbedarf von Cannabis
162 hinzu. Für viele Konsument*innen hat Strafverfolgung schlimme Folgen und bewirkt
163 oft wenig – im Gegenteil. Bei jungen Menschen kann dies den Einstieg in den
164 Teufelskreis einer kriminellen Karriere befördern. Viele mit dem illegalen
165 Drogengebrauch verbundene gesundheitliche Risiken sind Folgen der
166 Kriminalisierung und nicht der jeweiligen Substanzen: Verunreinigte, mehrfach
167 benutzte Spritzen übertragen Infektionen. Dealer*innen mischen unter die Drogen
168 alle möglichen schädlichen Substanzen, um mehr Geld zu verdienen.

169 Nicht zuletzt führt die Unterbringung von kriminalisierten, suchtkranken
170 Menschen im Justizvollzug häufig zur Verschlechterung der persönlichen
171 Lebenssituation und in Folge zu einer Verstärkung der Abhängigkeitserkrankung.

172 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen,*

- 173 • *dass psychoaktive Substanzen nach ihren gesundheitlichen Risiken reguliert*
174 *werden;*
- 175 • *dass die Entkriminalisierung des Besitzes zum Eigenkonsum und die*
176 *Schaffung von weiteren Alternativen zur Strafhaft bei anderen*
177 *Betäubungsmitteldelikten vorangebracht werden;*
- 178 • *dass auf Bundesebene die Voraussetzungen für einen umfassenden Kinder- und*
179 *Jugendschutzsowie für Verbraucherschutz (Produktsicherheit,*
180 *Produktqualität, Senkung zusätzlicher Gesundheitsrisiken) mit einem*
181 *Cannabis-Kontrollgesetz geschaffen werden;*
- 182 • *dass – solange die bundesgesetzlichen Voraussetzungen für eine*
183 *kontrollierte Regulierung der Abgabe von Cannabis nicht vorliegen – in*
184 *Sachsen der straffreie Eigengebrauch von Cannabis gemäß § 31a BtMG wie in*
185 *Berlin bei maximal 15 Gramm festgesetzt wird, um Konsument*innen, Polizei*
186 *und Justiz von Ermittlung und Strafverfolgung zu entlasten;*
- 187 • *dass Konsument*innen die Möglichkeiten erhalten, psychoaktive Substanzen*
188 *anonym auf gefährliche Inhaltsstoffe oder Beimengungen kontrollieren zu*
189 *lassen („Drug-Checking“), um die gesundheitlichen Risiken dieser*
190 *Substanzen einzuschränken sowie Vergiftungen oder Überdosierungen zu*
191 *reduzieren.*

192 **5. Unterstützung der Polizeidirektionen im Kampf gegen Herstellung und Handel** 193 **von synthetischen Drogen**

194 Die Vielfalt und ständige Veränderung bei der Herstellung synthetischer Drogen,
195 der grenzüberschreitende Handel sowie neue Handelswege über das Internet stellen
196 die Ermittlungsbehörden vor große Herausforderungen. Durch den
197 verantwortungslosen Personalabbau der vergangenen Jahre stehen in den
198 sächsischen Polizeidirektionen aber zu wenig Beamt*innen zur Verfügung, um
199 insbesondere der Ausbreitung der organisierten Drogenkriminalität
200 entgegenzuwirken. Sporadische Komplexkontrollen auf öffentlichen Plätzen
201 bekämpfen die Drahtzieher im Hintergrund und die Drogenlabore kaum. Sie führen
202 lediglich zur Verdrängung der Drogenkriminalität in andere Bereiche. Notwendig
203 ist vielmehr eine kompetente, personell und technisch ausreichend ausgestattete
204 Polizei.

205 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen*

- 206 • *eine Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Polizei bei der Sucht- und*
207 *Drogenprävention unter Berücksichtigung der Ursachen und Grundlagen von*
208 *Abhängigkeitserkrankungen;*
- 209 • *den Einstellungskorridor bei der Polizei weiter erhöhen, so dass durch den*
210 *Einsatz von mehr, gut ausgebildeten und spezialisierten Beamt*innen die*
211 *Präventions-, Kontroll- und Ermittlungstätigkeit ausgebaut werden kann;*
- 212 • *die persönliche Präsenz von für Bürger*innen sicht- und ansprechbare*
213 *Beamt*innen im öffentlichen Raum erhöhen, um den Drogenhandel einzudämmen;*
- 214 • *die technische Ausstattung der Polizei verbessern, insbesondere durch die*
215 *Anschaffung weiterer mobiler Analysegeräte zum schnellen Drogenscreening;*

- 216 • *die Fortschreibung der polizeilichen „Bekämpfungskonzeption Crystal“ und*
217 *die Erstellung eines umfassenden Lagebildes mindestens aller zwei Jahre;*
- 218 • *die bessere Zusammenarbeit der Polizei- mit den Zollbehörden sowie mit den*
219 *benachbarten Ländern bzw. Bundesländern bei der Kriminalitätsbekämpfung.*

220 **6. Schadensminderung und Überlebenshilfe**

221 In Sachsen leben in, aber auch außerhalb der großstädtischen Ballungszentren
222 suchtmittelmissbrauchende und -abhängige Menschen, die sich in komplexen
223 sozialen oder gesundheitlichen Problemlagen (z.B. andauernde Wohnungslosigkeit,
224 psychische Erkrankungen, Existenzkrisen etc.) befinden. Es sind Menschen, die
225 keine eindeutige Motivation zur Änderung des Konsumverhaltens haben und/oder von
226 Hilfesystemen kaum noch erreicht werden. Eine humane Drogen- und Suchtpolitik
227 darf diese Menschen und ihre Probleme nicht ignorieren. Sie brauchen
228 niederschwellige, vorurteilsfreie und akzeptierende Angebote der
229 Schadensminderung und Überlebenshilfe.

230 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen*

- 231 • *Akuthilfen und konkrete lebenspraktische Hilfen (Ernährungs- und*
232 *Hygieneangebote, Notschlafstellen, Kontaktläden, Straßensozialarbeit,*
233 *medizinische/ärztlichen Hilfen etc.) ohne unbedingtem Beharren auf*
234 *Konsumfreiheit gewährleisten mit dem Ziel, die psychischen, körperlichen*
235 *oder sozialen Schäden zu mindern, eine Stabilisierung zu erreichen,*
236 *Überleben zu sichern und die Mortalität senken;*
- 237 • *auch für diese Menschen einen leichten Zugang zu weiterführenden*
238 *Hilfeangeboten und eine Anbindung an das Suchthilfesystem durch*
239 *ausgebildetes Personal aufrecht und damit einen Ausstieg aus dem*
240 *Substanzkonsum offen halten;*
- 241 • *bestmögliche Beratung zu den Risiken der konsumierten Substanz für*
242 *Abhängige, die ihren Konsum nicht dauerhaft beenden können;*
- 243 • *Infektionsprophylaxe durch Möglichkeiten des Zugangs zu sauberen*
244 *Spritzen/Spritzentausch in Verbindung mit Beratung, um*
245 *Infektionskrankheiten wie HIV oder Hepatitis zu reduzieren;*
- 246 • *die Einrichtung sogenannter Drogenkonsumräume durch eine entsprechende*
247 *Rechtsverordnung auf Landesebene ermöglichen. Die entsprechenden Kommunen*
248 *sollen durch den Freistaat bei der Konzeption und Einrichtung von*
249 *Drogenkonsumräumen einschließlich ergänzender Suchthilfe- und*
250 *Substitutionsangebote begleitet und finanziell unterstützt werden.*